

Inhaltsübersicht

<i>§ 1 Einleitung</i>	1
A. Das Problem	1
B. Der rechtliche Rahmen	2
C. Das Ziel und der Gang der Untersuchung	5
<i>§ 2 Die rechtliche Bedeutung des Insolvenzgerichtsstandes</i>	7
A. Einführung	7
B. Die Verknüpfung von Zuständigkeit und Insolvenzrecht	8
C. Universalität und Verfahrenseinheit	14
D. Die Eröffnung des Anwendungsbereichs der Verordnung	50
E. Der Gerichtsstand für insolvenzbezogene Annexverfahren	52
F. Schlussfolgerung	53
<i>§ 3 Das Bedürfnis für einen Konzerninsolvenzgerichtsstand</i>	55
A. Der Konzern und seine Insolvenz	55
B. Die Vorteile eines einheitlichen Gerichtsstandes	64
C. Die Untauglichkeit bisheriger Lösungsversuche	90
D. Die Zulässigkeit eines Konzerninsolvenzgerichtsstandes	99
E. Fazit	107
<i>§ 4 Der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners</i>	109
A. Einführung	109
B. Der Interessensmittelpunkt des Schuldners nach Art. 3	
Abs. 1 EuInsVO	120
<i>§ 5 Der historisch-systematische Gesamtzusammenhang von</i> <i>Interessensmittelpunkt und effektivem Verwaltungssitz</i>	165
A. Grund und Gegenstand der weiteren Untersuchung	165
B. Die Berichte zum Entwurf von 1980 und zum Istanbuler Übereinkommen	167
C. Der effektive Verwaltungssitz im Gesellschaftskollisionsrecht	170

D. Das Verhältnis von Interessenmittelpunkt und effektivem Verwaltungssitz	180
E. Ergebnis	197
<i>§ 6 Der Konzerninsolvenzgerichtsstand unter der EuInsVO</i>	<i>199</i>
A. Die Bilanz	199
B. Eigener Vorschlag	200
C. Die Konkretisierung des Begriffes „Verwaltung“ als Gretchenfrage.....	205
D. Die Indizien für den Konzerninsolvenzgerichtsstand	217
E. Die Konsequenz: ein einheitlicher Gerichtsstand.....	221
F. Ergebnis	226
<i>§ 7 Zusammenfassung.....</i>	<i>227</i>
Literaturverzeichnis.....	233
Sachverzeichnis.....	251

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	1
A. Das Problem	1
B. Der rechtliche Rahmen	2
C. Das Ziel und der Gang der Untersuchung	5
I. Das Ziel der Untersuchung	5
II. Der Gang der Untersuchung	5
§ 2 Die rechtliche Bedeutung des Insolvenzgerichtsstandes	7
A. Einführung	7
B. Die Verknüpfung von Zuständigkeit und Insolvenzrecht	8
I. Vereinheitlichtes Kollisionsrecht	9
1. Grundsatz der lex fori concursus	9
2. Regelungsumfang der lex fori concursus	10
3. Sonderanknüpfungen	11
II. Vereinheitlichtes Sachrecht	12
III. Fazit	13
C. Universalität und Verfahrenseinheit	14
I. Das Universalitätsprinzip	14
1. Vom Territorialitäts- zum Universalitätsprinzip	14
2. Die Geltung des Universalitätsprinzips	16
3. Der Gehalt des Universalitätsprinzips	16
II. Die Ausschließlichkeit des Hauptinsolvenzverfahrens	17
1. Die Anerkennung der Verfahrenseröffnung	17
2. Das Prioritätsprinzip	19
a) Verwerfungskompetenz der Gerichte anderer Mitgliedstaaten	20
aa) Der Wortlaut des Art. 16 Abs. 1 EuInsVO	21
bb) Die Argumente gegen die Prüfungskompetenz	23
(1) Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens	23
(2) Die Singularität des Hauptinsolvenzverfahrens	25
(3) Ungerechtfertigter Eingriff in fremde Hoheitsrechte und praktische Erwägungen	26
(4) Zusammenfassung und Zwischenergebnis	28
b) Versagung der Anerkennung im Inland nach Art. 26 EuInsVO (ordre public)	29

aa) Ordre public-Verstoß durch unrichtige Inanspruchnahme der internationalen Zuständigkeit?	29
(1) Wortlaut	30
(2) Wille des Normgebers	31
(3) Folgenbetrachtung	32
(4) Schlussfolgerungen	33
bb) Ordre public-Verstoß durch unterbliebene Prüfung der internationalen Zuständigkeit?	33
(1) Die Abgrenzung von Gebrauch und Missbrauch des gegenseitigen Vertrauens	33
(2) Der Fall der Hans Brochier Ltd.: Eröffnung eines out of-court-appointment	34
(3) Bewertung der Anerkennungsverweigerung wegen unterbliebener Zuständigkeitsprüfung	36
(4) Fazit	37
cc) Ergebnis	37
3. Zusammenfassung	39
III. Die Beschränkung des Hauptinsolvenzverfahrens durch Territorialverfahren	40
1. Die Durchbrechung der Verfahrenseinheit	40
2. Die Voraussetzungen für die Eröffnung von Territorialverfahren	42
3. Charakteristika der Territorialverfahren	43
4. Die Koordination der Verfahren	43
5. Das Sekundärinsolvenzverfahren in der Gesellschaftsinsolvenz	44
a) Die Eröffnung von Sekundärinsolvenzverfahren am „eigentlichen“ Interessenmittelpunkt	45
b) Zwingend liquidierender Charakter des Sekundärinsolvenz- verfahrens?	47
c) Ergebnis der Auslegung und Schlussfolgerung	49
6. Zusammenfassung	49
D. Die Eröffnung des Anwendungsbereichs der Verordnung	50
E. Der Gerichtsstand für insolvenzbezogene Annexverfahren	52
F. Schlussfolgerung	53
 § 3 Das Bedürfnis für einen Konzerninsolvenzgerichtsstand	55
A. Der Konzern und seine Insolvenzen	55
I. Der Begriff des Konzerns	55
1. Die Vielgestaltigkeit des Konzerns	55
2. Der Konzern in Europa	56
a) Der Fehlschlag einer umfassenden gemeinschaftsrechtlichen Harmonisierung	56

b) Die fragmentarische Regelung in den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	57
c) Der Konzern im deutschen Recht	60
3. Der Konzernbegriff für die Zwecke dieser Arbeit	61
II. Der Begriff der Konzerninsolvenz	62
III. Zusammenfassung	63
B. Die Vorteile eines einheitlichen Gerichtsstandes	64
I. Die bestmögliche Gläubigerbefriedigung	64
II. Die Senkung der Transaktionskosten durch eine geringere Anzahl von Beteiligten	65
1. Die Identität des Insolvenzgerichts	65
2. Die Identität des Insolvenzverwalters	66
a) Die Vorteile einer Bestellung derselben Person zum Insolvenzverwalter	66
b) Die Entbehrlichkeit der Bestellung verschiedener Personen zum Insolvenzverwalter	67
III. Die Einheitlichkeit der lex fori concursus	69
1. Die Erhöhung der Befriedigungsquote	69
2. Die Sanierungsfreundlichkeit moderner Insolvenzrechte	69
a) England	70
b) Italien	71
c) Frankreich	72
d) Spanien	73
e) Deutschland	74
f) Fazit	74
IV. Unzumutbarkeit der einheitlichen Zuständigkeit für die Gläubiger?	75
1. Die Erhöhung der Transaktionskosten	75
a) Die Kosten vor der Verfahrenseröffnung	76
aa) Das Informationsdefizit der Gläubiger	76
bb) Die Wandelbarkeit des Interessenmittelpunktes	76
cc) Die fehlende Rechtssicherheit bei der Auslegung des Interessenmittelpunktes	77
dd) Fazit	78
b) Die Kosten ab der Verfahrenseröffnung	78
aa) Die Kenntnis von der Verfahrenseröffnung	78
bb) Die Anmeldung von Forderungen	79
cc) Die geographische Distanz zu dem Insolvenzforum	79
dd) Die Sprachbarriere	80
ee) Fazit	82
2. Die Geltung einer fremden lex fori concursus	82
a) Das Vertrauen in die Anwendbarkeit des sachnächsten Insolvenzrechts	82
b) Der schwache Schutz des Vertrauens durch die EuInsVO	82

aa) Das fehlende Paradigma der grenzüberschreitenden Konzerninsolvenz.....	82
bb) Die programmierte Enttäuschung von Vertrauen	83
(1) Die Vertrauensinvestition des Gläubigers	83
(2) Die Wandelbarkeit des Interessenmittelpunktes.....	83
cc) Die Sachgerechtigkeit der lex fori concursus	85
(1) Die Sachgerechtigkeit als Maßstab für das anwendbare Insolvenzrecht	85
(2) Die Effizienz des Verfahrens als Maßstab der Sachgerechtigkeit	86
(3) Die hinreichende Vergleichbarkeit der mitgliedstaatlichen Insolvenzrechte	88
c) Fazit	89
V. Zusammenfassung	89
C. Die Untauglichkeit bisheriger Lösungsversuche	90
I. Die Ebene mehrerer Hauptinsolvenzverfahren.....	90
1. Vereinbarungen über den Insolvenzgerichtsstand	90
2. Kooperation zwischen den Hauptinsolvenzverwaltern.....	91
a) Analoge Anwendung der Kooperationspflichten aus Art. 31 EuInsVO?.....	91
b) Insolvenzverwaltungsverträge	92
c) Protocols	93
d) Fazit	94
II. Die Tochtergesellschaft als Niederlassung.....	94
1. Das Erfordernis eines Hauptinsolvenzverfahrens über denselben Schuldner	95
2. Die Niederlassung kraft Rechtsscheins	97
3. Zusammenfassung	98
III. Ergebnis	98
D. Die Zulässigkeit eines Konzerninsolvenzgerichtsstandes.....	99
I. Die Unterscheidung zwischen materiellem und prozessualem Konzerninsolvenzrecht	99
II. Das Schweigen der EuInsVO zum Konzerninsolvenz- verfahrensrecht	99
III. Verbot eines einheitlichen Gerichtsstandes für Konzerngesellschaften?	100
1. Das Schweigen der EuInsVO zu Konzerninsolvenzen	100
2. Die vermeintliche Absage des EuGH an einen Konzerninsolvenzgerichtsstand	102
a) Das Urteil des EuGH in der Rechtssache Eurofood	102
b) Die Bedeutung des Urteils für den Konzerninsolvenzgerichtsstand	103
aa) Keine Vorgabe einer Leitlinie durch den EuGH	104
bb) Die suggestive Vorlagefrage des Supreme Court of Ireland.....	105
c) Zusammenfassung	107

E. Fazit	107
<i>§ 4 Der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners</i>	<i>109</i>
A. Einführung	109
I. Der allgemeine Maßstab des Art. 3 Abs. 1 EuInsVO	109
II. Die normativen Grundlagen.....	110
III. Die Auslegung des Interessenmittelpunktes im Überblick	112
1. Der Ort der werbenden Tätigkeit	113
2. Der Verwaltungsort	114
a) Der effektive Verwaltungssitz	115
b) Der Ort der strategischen Leitungsentscheidungen	116
3. Die Möglichkeiten für eine Klärung der internationalen Zuständigkeit.....	117
IV. Der weitere Gang der Untersuchung.....	119
B. Der Interessenmittelpunkt des Schuldners nach Art. 3 Abs. 1 EuInsVO	120
I. Die Interessen des Schuldners	120
1. Die vielfältigen Erscheinungsformen der Interessen	120
2. Die Maßgeblichkeit der wirtschaftlichen Tätigkeiten	120
a) Die Entwicklung vom Geschäftszentrum zum Interessenmittelpunkt ...	121
b) Die Konkretisierung der wirtschaftlichen Tätigkeiten	123
c) Die Irrelevanz des Belegenheitsortes des Vermögens.....	124
3. Zusammenfassung	125
II. Der Belegenheitsort der Interessen	125
1. Der Ort der Interessenverwaltung	125
a) Die Unergiebigkeit des Verordnungstextes	125
b) Die Manifestation der Interessen durch Verwaltung	126
c) Die Vorläufer der EuInsVO und des EuInsÜ	127
d) Die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Eurofood: ein Bekenntnis zur Maßgeblichkeit der werbenden Tätigkeit?.....	127
aa) Die Entkräftung der Vermutung aus Art. 3 Abs. 1 Satz 2 EuInsVO bei fehlender Tätigkeit in dem Mitgliedstaat des satzungsmäßigen Sitzes	127
bb) Das Beispiel der Briefkastenfirma: ein Argument für die Relevanz der werbenden Tätigkeit?.....	128
cc) Die Widersprüchlichkeit des Urteils bei Relevanz der werbenden Tätigkeit	128
dd) Die weitgehende Identität des Urteils mit den Schlussanträgen des Generalanwalts	129
e) Zwischenergebnis	130
2. Die Erkennbarkeit des Insolvenzforums für Dritte.....	130
a) Die Bedeutung der Erkennbarkeit.....	130
aa) Die Gründe für das Erfordernis der Erkennbarkeit	130

bb) Das Erfordernis der Erkennbarkeit als Argument für die Maßgeblichkeit der werbenden Tätigkeit	132
cc) Offene Fragen	133
b) Die Anforderungen an die Dritten	133
c) Der Maßstab der Erkennbarkeit	134
aa) Konkret-subjektive oder abstrakt-objektive Erkennbarkeit?	135
(1) Der unterschiedliche Erkenntnishorizont der Dritten	135
(2) Die potentielle Vertrauensinvestition	136
bb) Der Maßstab für die abstrakt-objektive Erkennbarkeit	136
d) Der Zeitpunkt für die Beurteilung der Zuständigkeit	137
e) Die geschützten Dritten	139
f) Das Bezugsobjekt der Erkennbarkeit	141
aa) Das Verhältnis des Verwaltungsortes zu der Erkennbarkeit des Insolvenzforums	141
bb) Der Verwaltungsort als Bezugsobjekt	142
g) Zusammenfassung	143
3. Das Entscheidungskriterium „hauptsächlich“	144
a) Die Erforderlichkeit eines Entscheidungskriteriums	144
b) Mehrere Zentren, aber nur ein Mittelpunkt	145
c) Der Gegenstand des Entscheidungskriteriums	145
d) Die Anwendung des Entscheidungskriteriums	147
e) Die Unergiebigkeit des Entscheidungskriteriums für den Verwaltungsort	148
f) Zusammenfassung	149
4. Die Gewöhnlichkeit oder Üblichkeit der Interessen- verwaltung	149
5. Zwischenergebnis	152
III. Die Vermutung aus Art. 3 Abs. 1 Satz 2 EuInsVO	153
1. Die Bedeutung für den Konzerninsolvenzgerichtsstand	153
2. Der Meinungsstand über den Gehalt der Vermutung	153
a) Vermutung	154
b) Zweifelsregel	155
aa) Uneingeschränkte Amtsermittlungspflicht	155
bb) Eingeschränkte Amtsermittlungspflicht	156
3. Auseinandersetzung	157
a) Das Schweigen des Normgebers	157
b) Der Gesamtverfahrenscharakter der Insolvenz	159
c) Das Schweigen des EuGH zu der Bedeutung der Vermutung	160
d) Die Erkennbarkeit des satzungsmäßigen Sitzes	161
4. Ergebnis	162
IV. Zusammenfassung	162

§ 5 <i>Der historisch-systematische Gesamtzusammenhang von Interessenmittelpunkt und effektivem Verwaltungssitz</i>	165
A. Grund und Gegenstand der weiteren Untersuchung	165
B. Die Berichte zum Entwurf von 1980 und zum Istanbuler Übereinkommen	167
I. Das Istanbuler Übereinkommen von 1990	167
II. Der Entwurf für ein Europäisches Insolvenzübereinkommen von 1980	168
III. Fazit	170
C. Der effektive Verwaltungssitz im Gesellschaftskollisionsrecht	170
I. Die mitgliedstaatlichen Gesellschaftskollisionsrechte	170
II. Die allgemein anerkannte Anknüpfungsformel und ihre Anwendung in der Praxis	171
III. Die Sitztheorie als Schutztheorie	175
IV. Die effektive Umsetzung der grundlegenden Entscheidungen	177
1. Der erste Schritt: Die Maßgeblichkeit der grundlegenden Entscheidungen	177
2. Der zweite Schritt: Die effektive Umsetzung dieser Entscheidungen	178
V. Zusammenfassung	180
D. Das Verhältnis von Interessenmittelpunkt und effektivem Verwaltungssitz	180
I. Identität zwischen Interessenmittelpunkt und effektivem Verwaltungssitz?	181
1. Die Dominanz der Sitztheorie in den Anfängen des europäischen Insolvenzrechts	181
2. Die Anknüpfung an den satzungsmäßigen Sitz	182
a) Ein Kompromiss zwischen Sitz- und Gründungstheorie?	182
aa) Die Anknüpfung des Gesellschaftsstatuts unter der Gründungstheorie	183
bb) Die Ausführungen <i>Lemontey</i> s zum satzungsmäßigen Sitz	184
b) Ein Zugeständnis an die eingeschränkte Bestimmbarkeit des effektiven Verwaltungssitzes?	185
3. Der unterschiedliche Wortlaut	186
4. Die autonome Auslegung des Gemeinschaftsrechts	187
II. Weitgehend gleiche Auslegung von Interessenmittelpunkt und effektivem Verwaltungssitz?	187
1. Der wünschenswerte Gleichlauf von Gesellschafts- und Insolvenzstatut	188
a) Die uneinheitliche Qualifikation des Gläubigerschutzrechts	188
b) Die Auswirkungen der Niederlassungsfreiheit auf die Sitztheorie	188
c) Das mitgliedstaatliche Gesellschaftskollisionsrecht	190
d) Fazit	192

2. Dieselbe ratio der Anknüpfungen?.....	192
a) Der Gläubigerschutz als gemeinsames Anliegen	192
b) Die unterschiedliche Schutztechnik	193
c) Die unterschiedliche Schutzrichtung	194
d) Die unterschiedliche Schutzstärke	195
e) Fazit und Zwischenergebnis	197
E. Ergebnis	197
 § 6 Der Konzerninsolvenzgerichtsstand unter der EuInsVO	199
A. Die Bilanz	199
B. Eigener Vorschlag	200
I. Der Inhalt der Anknüpfungsformel	200
II. Die Vorteile der hier vorgeschlagenen Anknüpfungsformel	201
1. Die Erleichterung der Begründung eines Konzern-	
insolvenzgerichtsstandes	201
2. Der einheitliche Maßstab der Auslegung	202
3. Die Interessengerechtigkeit der einheitlichen Zuständigkeit	
bei Erkennbarkeit	203
4. Die Wahrung des gesetzgeberischen Willens	204
5. Die Entschärfung des Entscheidungskriteriums	
„hauptsächlich“	205
C. Die Konkretisierung des Begriffes „Verwaltung“	
als Gretchenfrage	205
I. Der körperschaftliche Schwerpunkt am Ort der großen	
Richtlinien-Entscheidungen	206
1. Die Farblosigkeit des Verwaltungsbegriffes	206
2. Das international-privatrechtliche Prinzip	
der engsten Verbindung	206
3. Das Handlungszentrum als engste Verbindung	207
4. Der erste Schritt des effektiven Verwaltungssitzes	
als Ausdruck des Handlungszentrums	208
II. Die Irrelevanz der Umsetzung in laufende Geschäfts-	
führungsakte (zweiter Schritt der Sitztheorie)	210
1. Die Argumente für eine Identität des Verwaltungsortes	
mit dem effektiven Verwaltungssitz	210
2. Auseinandersetzung	210
a) Die Bildung grenzüberschreitender Konzerne als Motiv	
für den zweiten Schritt der Sitztheorie	210
b) Die vermeintliche Praxistauglichkeit der Übernahme	
des effektiven Verwaltungssitzes	212
c) Die vermeintliche Erkennbarkeit des effektiven Verwaltungssitzes	212
d) Die Prämisse der engsten Verbindung am effektiven	
Verwaltungssitz	214

e) Die Verhinderung von forum shopping	216
3. Fazit	217
D. Die Indizien für den Konzerninsolvenzgerichtsstand	217
I. Die Indizien für die einheitliche Verwaltung	218
1. Der Aufbau und die Organisation eines Konzerns	218
2. Der Auftritt als Konzern	218
II. Die Indizien für die Erkennbarkeit der einheitlichen Verwaltung	219
1. Das Handelsregister und der Bundesanzeiger	219
2. Die Internetseiten der Gesellschaften	219
3. Die Üblichkeit der Beteiligung an Vertragsverhandlungen	220
E. Die Konsequenz: ein einheitlicher Gerichtsstand	221
I. Der weite Anwendungsbereich der Anknüpfungsformel	221
II. Der Begriff des Konzerninsolvenzgerichtsstandes als Beschreibung eines Phänomens	222
III. Die Irrelevanz einer konzernrechtlichen Verbindung	223
1. Die Unvereinbarkeit eines konzernrechtlichen Elements mit der Einheitlichkeit der Auslegung	223
2. Die vermeintliche Unangemessenheit des einheitlichen Gerichtsstandes	224
a) Der Schutz des Vertrauens der Gläubiger	224
b) Die Angemessenheit der Insolvenzrechtsordnung	225
IV. Zusammenfassung	225
F. Ergebnis	226
 § 7 Zusammenfassung	227
 Literaturverzeichnis	233
Sachverzeichnis	251